

*Betreff:***Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Abbau des Sanierungsstaus in den Kindertagesstätten der freien Träger der Jugendhilfe***Organisationseinheit:*

Dezernat V

51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Datum:

17.06.2021

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	24.06.2021	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	06.07.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	13.07.2021	Ö

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Abbau des Sanierungsstaus in Kindertagesstätten der freien Träger der Jugendhilfe wird beschlossen.

Sachverhalt:

Mit Wirkung vom 1. Januar 2018 wurde die in der laufenden Förderung nach dem Pauschalisierten Aufwandsmodell (PAM) enthaltene Instandhaltungspauschale von 4.912 € auf 8.550 € pro Gruppe erhöht (DS 17-05890), um die Träger von Kindertagesstätten in eigenen Einrichtungen in die Lage zu versetzen, den zukünftigen Sanierungsbedarf aus diesen Mitteln zu decken.

Die Träger machten im Rahmen der Verhandlungen geltend, dass die bis dahin nicht auskömmlich gestaltete Instandhaltungspauschale in den vorhandenen Einrichtungen zu einem erheblichen Sanierungsstau geführt habe. Mehrere Anläufe, mit den Trägern eine einvernehmliche Lösung zur Behebung des Sanierungsstaus zu finden, blieben erfolglos.

Über den finanziellen Gesamtbedarf des Sanierungsstaus hatte die Verwaltung seinerzeit lediglich Kostenschätzungen seitens der freien Träger der Jugendhilfe benannt bekommen.

2017 wurde daher von einem geschätzten Aufwand von insgesamt 4,3 Mio. € ausgegangen. Unter Berücksichtigung des Eigenanteils der Träger von 1/3, wie er auch bei den Zuwendungen zur Sanierung bis 2017 gefordert war, ist die Verwaltung von einem Zuwendungsbedarf von 2,86 Mio. € ausgegangen, der über einen Zeitraum von 10 Jahren an die Träger verteilt werden sollte. Die entsprechenden Haushaltsanmeldungen über 286.000 € jährlich sind seit 2018 ohne Mittelabruf erfolgt, da sich bislang auf kein abgestimmtes Verfahren geeinigt werden konnte, insbesondere da die Träger mit der Eigenanteilsregelung nicht einverstanden waren.

In seiner Sitzung am 4. März 2021 hat der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung beauftragt, eine Förderrichtlinie für die Sanierungskostenzuschüsse für nicht angemietete Kindertagesstätten der freien Träger zu erarbeiten.

Die Richtlinie soll dabei folgende Kriterien berücksichtigen:

1. Bei der Zuwendung besteht eine Zweckbindung von max. 15 Jahren. Innerhalb dieses Zeitraumes können die bewilligten Mittel bei Zweckentfremdung in Höhe des Restwertes zurückgefordert werden.
2. Die erforderlichen Eigenanteile der jeweiligen Träger werden analog zu den im pauschalierten Aufwandsmodell (PAM) für die Betriebskosten definierten Eigenanteile auf derzeit 5 % und 10 % festgelegt.
3. Bei Zuwendungen unter 1 Mio. € erfolgt die Überprüfung der Kosten durch das städtische Gebäudemanagement durch eine Plausibilitätsprüfung der Antragsunterlagen. Bei Baumaßnahmen ist eine Kostenkalkulation nach DIN 276 vorzulegen.

Mit der zu beschließenden Richtlinie werden diese Vorgaben erfüllt.

Die Richtlinie gilt nur für Einrichtungen, die am 1. Januar 2018 bereits seit mindestens 20 Jahren an dem gleichen Standort betrieben werden. Seit 1. Januar 2018 erhalten die freien Träger der Kindertagesstätten wie bereits einleitend angeführt, eine deutlich erhöhte Instandhaltungspauschale. Diese deckt auch den Sanierungsbedarf ab diesem Zeitpunkt. Im Allgemeinen ist davon auszugehen, dass Einrichtungsstandorte bis zu einem Alter von 20 Jahren keinen nennenswerten Sanierungsbedarf haben sollten.

Um möglichst viele Einrichtungen bezuschussen zu können, wird die maximale Zuwendungshöhe auf 143.000 € je Maßnahme begrenzt. Damit können wenigstens zwei größere Maßnahmen je Haushaltsjahr bewilligt werden, im Jahr 2021 sogar vier, da die Mittel des Jahres 2020 zur Übertragung auf das Haushaltsjahr 2021 angemeldet wurden. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Über Anträge entscheidet die Stadt Braunschweig nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Zur Beschleunigung des Antragsverfahren ist ein straffer Ablauf unumgänglich. Maßnahmen über 5.000 € müssen in Anlehnung an die bestehenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln durch das städtische Gebäudemanagement auf Plausibilität geprüft werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Bereits seit 2018 sind jährlich 286.000 € für Maßnahmen zum Abbau des Sanierungsstaus im städtischen Haushalt eingeplant. Wenn die Haushaltsmittel erstmalig 2021 (incl. der übertragenen Haushaltsmittel des Jahres 2020) zur Auszahlung kommen, ist eine Verschiebung des 10-Jahres-Zeitraums erforderlich. Das Programm endet dann 2029 und nicht, wie ursprünglich geplant, 2027.

In 2028 erfolgt eine Überprüfung, ob der Sanierungsstau weitestgehend abgebaut wurde. Ggfs. wäre eine Verlängerung der Richtlinie anzustreben.

Dr. Arbogast

Anlage/n:

Entwurf Richtlinie Sanierungsstau

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Abbau des Sanierungsstaus in Kindertagesstätten der freien Träger der Jugendhilfe

Zuwendungszweck, Zuwendungsempfänger, Zuwendungsvoraussetzungen

Die Stadt Braunschweig gewährt Zuwendungen für bauliche Maßnahmen zum Abbau des entstandenen Sanierungsstaus in nicht angemieteten Kindertagesstätten. Maßnahmen zur Sanierung des Außenspielgeländes sind nicht zuwendungsfähig.

Zuwendungsempfänger sind die freien Träger der Jugendhilfe, die Kindertagesstätten betreiben, die nach dem Pauschalisierten Aufwandsmodell (PAM) vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie gefördert werden. Die Kindertagesstätten müssen am 1. Januar 2018 seit wenigstens 20 Jahren am gleichen Standort betrieben werden.

Ein Rechtsanspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Über Anträge entscheidet die Stadt Braunschweig nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

Die Zuwendung wird als Zuschuss im Rahmen einer Projektförderung als Anteilsfinanzierung gewährt. Für das Jahr 2021 stehen 572.000 € zur Verfügung, für die Jahre 2022 bis 2029 sind jährlich 286.000 € vorgesehen.

Für die Einrichtungen der ev.-luth. Kirche und der katholischen Kirche/des Caritasverbandes beträgt der Eigenanteil 10 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben. Für die Einrichtungen der übrigen Träger beträgt der Eigenanteil 5 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben. Die Obergrenze für die gewährten Zuwendungen beläuft sich auf 143.000 € je Maßnahme.

Wird mit der Sanierungsmaßnahme nicht ausschließlich der Zuwendungszweck verfolgt (z. B. gleichzeitige Modernisierungsmaßnahmen, die nicht dem Erhalt der Betreuungsplätze dienen), ist nur der Ausgabenanteil zuwendungsfähig, der auf die Sanierungsmaßnahme entfällt.

Zuwendungsfähig sind nur die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erforderlichen Investitionsausgaben nach Maßgabe der DIN 276 (Stand Dezember 2018) und zwar
Kostengruppe 300 (Bauwerk – Baukonstruktion)
Kostengruppe 400 (Bauwerk – Technische Anlagen)
Kostengruppe 500 (Außenanlagen und Freiflächen), sofern diese Ausgaben mit der Baumaßnahme im direkten Zusammenhang stehen
Kostengruppe 700 (Baunebenkosten), jedoch ohne Kostengruppe 710 (Bauherrenaufgaben), 750 (Kunst) und 760 (Finanzierung).

Antragsverfahren

Anträge sind formlos schriftlich beim Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, Abteilung 51.0 zu stellen. Dem Antrag sind ein Sachbericht über die geplante Maßnahme, eine Kostenermittlung nach DIN 276 auf dritter Ebene sowie ein Finanzierungsplan beizufügen.

Anträge für das Jahr 2021 sind spätestens bis zum 30. September 2021 vorzulegen. Für die Jahre 2022 bis 2029 müssen die Anträge bis spätestens 31. Mai des jeweiligen Jahres gestellt werden. Gehen zum Stichtag eines Jahres mehr Anträge ein als in dem Jahr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, entscheidet die bewilligende Stelle nach pflichtgemäßem Ermessen. Dabei wird sowohl die Dringlichkeit eines Antrags als auch die vorhandene Trägervielfalt berücksichtigt.

Es werden nur solche Maßnahmen bewilligt, die noch nicht begonnen wurden. Bei Baumaßnahmen gilt die Planung nicht als Maßnahmebeginn. Mit der Bestätigung des Eingangs des Zuwendungsantrags bei der bewilligenden Stelle gilt der vorzeitige Maßnahmebeginn als erteilt. Ein Anspruch auf Bewilligung kann daraus nicht hergeleitet werden.

Die Kostenermittlung nach DIN 276 für baulichen Maßnahmen ab einer Zuwendungshöhe von 5.000 € wird durch das städtische Gebäudemanagement auf Plausibilität geprüft.

Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Die Zweckbindung der geförderten Maßnahmen beträgt 15 Jahre. Innerhalb dieses Zeitraumes ist eine Rückforderung in Höhe des Restwertes bei Zweckentfremdung (z.B. Einstellen des Kindertagesstättenbetriebs) durch die Stadt Braunschweig möglich.

Ergänzende Zuwendungsbestimmungen können in den Zuwendungsbescheid aufgenommen werden.

Verwendungsnachweis

Der Verwendungsnachweis ist spätestens 6 Monate nach Abschluss der Maßnahme der bewilligenden Stelle vorzulegen. Auf eine erneute fachliche Prüfung des Verwendungsnachweises wird verzichtet.

Die Stadt Braunschweig ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf des Zuwendungsbescheides und Rückforderung von Zuwendungen

Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf von Zuwendungsbescheiden sowie als Folge hiervon die Rückforderung der Zuwendungen incl. der zu entrichtenden Zinsen richten sich nach den Vorschriften des Zehnten Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) oder anderen Rechtsvorschriften sowie den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen werden. Die erforderlichen Verwaltungsakte sind unter Angabe der Rechtslage schriftlich zu begründen.

In-Kraft-Treten

Diese Richtlinie tritt rückwirkend am 1. Januar 2021 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2029 außer Kraft. Anträge, die seit 1. Dezember 2020 gestellt wurden, finden in dieser Richtlinie Berücksichtigung.